

Gewerkschaft liche Monatshefte 2'78

Helga Grebing

Arbeiterbewegung und Gewalt

Prof. Dr. Helga Grebing, geboren 1930 in Berlin, zahlreiche Veröffentlichungen über Fragen des Nationalsozialismus, des Konservatismus und der Arbeiterbewegung. Nach dem Studium zunächst Tätigkeit als Verlagslektor und in der Erwachsenenbildung. 1970 Habilitation, seit 1971 Professor für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Göttingen.

Verwandtschaftliche Beziehungen zum Terrorismus?

Im Anschluß an den Terrorismus-Kongreß seiner Partei stellte der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, in einem Brief an die Wissenschaftsminister der Länder „die Tatsache“ fest, „daß der Marxismus als eines der wichtigsten Ursachfelder für den Terrorismus anzusehen ist¹“. Nun hat in der Tat der in der Bundesrepublik wie im Ausland gleichermaßen angesehenste unter den Rednern auf diesem Kongreß, der Bonner Politikwissenschaftler Karl-Dietrich Bracher, u.a. ausgeführt: „Dieser Terrorismus ist eindeutig linksgerichtet und trotz unorthodoxer Variationen marxistisch-leninistisch fundiert, in seiner politisch-gesellschaftlichen Begriffswelt wie in den Zielvorstellungen².“ Diese Aussage ist jedoch mit der von Geißler nicht inhaltsgleich: dieser spricht von *dem* Marxismus, jener vom Marxismus-Leninismus.

1 Vgl. den Auszug aus diesem Brief im „Spiegel“ v. 19. 12. 1977, S. 16.

2 Ein Auszug aus der Rede von Karl-Dietrich Bracher wurde veröffentlicht in „Die Zeit“ v. 2. 12. 1977.

Nimmt man nun noch die Äußerung des Trägers des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1977, Leszek Kolakowski, hinzu: „daß der heutige Kommunismus — also der Leninismus-Stalinismus . . . eine mögliche, eine legitime Interpretation des Marxismus" bzw. „der originären Botschaft von Marx" ist³, so liegt rasch die Kausalkette bereit: Terrorismus — Marxismus-Leninismus bzw. Leninismus-Stalinismus - Marxismus - „originäre Botschaft von Marx". Wer sich auf diese Botschaft beruft oder wer sich in den geistigen Traditionen der Arbeiterbewegung, soweit sie von den Inhalten dieser Botschaft mitbestimmt worden sind, stehen sieht, der geriete danach in eine - wenn auch möglicherweise bloß entfernte - verwandtschaftliche Beziehung zum Terrorismus.

Diese Verortung des Terrorismus bedeutet für diejenigen, die beanspruchen dürfen, sich als die positive Aufhebung der Idee der alten Arbeiterbewegung in dieser Zeit zu verstehen — und dies sind vor allem die Gewerkschaften —, eine Provokation; ihr kann jedoch mit guten Gründen widersprochen werden. Zunächst dürfte sich keine Stelle bei Marx und Engels finden, die sich als Parteinahme für oder Legitimierung von Terror auslegen ließe. Eine Äußerung von Engels 1885 läßt im Gegenteil an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Während er den Attentaten der russischen Revolutionäre eine gewisse, durch die Verhältnisse unter dem Zarismus begründete Legitimität einräumt, erklärt er „die Herren, die diesen Kampf in Westeuropa ohne Not in Schuljungenart parodieren, die die Revolution auf den Schinderhannes herunterzubringen suchen, die ihre Waffen nicht einmal gegen wirkliche Feinde, sondern gegen das Publikum im allgemeinen richten", zu den „schlimmsten Feinden" der russischen Revolutionäre⁴. August Bebel hat 1898 anläßlich der Ermordung der Kaiserin Elisabeth von Österreich, als dieser Mord, wie schon zwanzig Jahre zuvor jene Attentatsversuche gegen Kaiser Wilhelm I., fälschlich der Sozialdemokratie angelastet werden sollte, darauf hingewiesen, daß man sich keinen größeren Gegensatz denken könne als den zwischen Karl Marx, dem „Feind jeder Verschwörungs- und Attentatspolitik", und den Anhängern des Anarchisten Bakunin, des Vaters der „Propaganda der Tat"⁵.

Gewalt als Mittel der politischen Machteroberung?

Nun wird man aber die außer Frage stehende Ablehnung des politischen Mordes, des individuellen Terrors trennen müssen von der sogenannten Gewaltfrage, d. h. der Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Machteroberung durch das Proletariat, die die Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus bilden sollte.

3 Vgl. das in der „Süddeutschen Zeitung" v. 13. 10. 1977 abgedruckte Interview, das Kolakowski dem RIAS gab. Im ersten Band seines Werkes „Die Hauptströmungen des Marxismus", München 1977, heißt es auf S. 478: „Die leninistisch-stalinistische Version des Sozialismus war eine *mögliche* Interpretation der Marxschen Konzepte, wenn gleich sicherlich nicht die einzig mögliche."

4 Artikel, veröffentlicht in „Der Sozialdemokrat" v. 29.1.1885 = Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 21, Zitat S. 189f.

5 Diese Rede Bebelis v. 2. 11.1898 ist abgedruckt im Anhang des Buches von Iring Fetscher: Terrorismus und Reaktion. Köln 1977, S. 125-147.

Der junge Engels hatte in seinem Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ 1845 die Hoffnung ausgesprochen: Je mehr die englischen Arbeiter „sozialistische Ideen in sich aufnehmen“, desto mehr werde ihre in Gewaltsamkeit sich äußernde Erbitterung überflüssig, „desto mehr werden ihre Schritte gegen die Bourgeoisie an Wildheit und Roheit verlieren. Wäre es überhaupt möglich, das ganze Proletariat kommunistisch zu machen, ehe der Kampf ausbricht, so würde er sehr friedlich ablaufen; das ist aber nicht mehr möglich, es ist schon zu spät dazu“⁶.

Deshalb erwarteten Marx und Engels „die Notwendigkeit, das rote Meer der Revolution durchzuwatzen . . . zu müssen“⁷. Doch blieb die Form der gewaltsamen Revolution nicht das freigewählte Mittel, sondern immer die von außen aufgezwungene *Ultima ratio*⁸; d. h. die gewaltsame Revolution war zwar die voraussichtlich unvermeidbare, aber nicht die notwendige Form der sozialistischen Umwälzung. Das Merkmal der proletarischen Revolution war deshalb nicht die eruptive Gewaltsamkeit, die das Kennzeichen bürgerlicher Revolutionen gewesen war, sondern die beschleunigte Bewegungskraft innerhalb eines langwierigen Entwicklungsprozesses.

Zeit lebens haben sich deshalb Marx und Engels von den kleinbürgerlichen Revolutionsräuschen, insbesondere der Deutschen, distanziert; so z. B. 1850 von den „demokratischen Kleinbürgern“, die die Revolution möglichst rasch zum Abschluß bringen wollen⁹, so z. B. 1883, als Engels an Bernstein schrieb: „Der große Fehler der Deutschen ist, sich die Revolution als ein über Nacht abzumachendes Ding vorzustellen. In der Tat ist sie ein mehrjähriger Entwicklungsprozeß der Massen unter beschleunigenden Umständen“¹⁰.

Mehr und mehr haben Marx und Engels unter dem Eindruck der Entwicklung in den industriell hochentwickelten und politisch liberalen Ländern und der dort für die Arbeiterbewegung sich ergebenden modifizierten Praxis strategische Alternativen für erwägenswert gehalten¹¹. So läßt der von Marx verfaßte Text der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation von 1864 die Aufforderung zu der Einsicht erkennen, daß das proletarische Prinzip der Emanzipation auch durch Reformarbeit seiner Verwirklichung näher gebracht werden kann: „Und darum war das Zehnstundengesetz¹² nicht nur ein großer praktischer Erfolg; es war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal unterlag im hellen Licht des Tages die politische Öko-

6 Diese Schrift von Engels ist am besten zu benutzen in der dtv-Ausgabe (Bd. 6012), München 1973, Zitat S. 321.

7 Solche Äußerungen finden sich mehrfach; die oben angeführte stammt aus dem Jahre 1856; vgl. MEWBd. 12, S. 19.

8 So z. B. Engels in: Grundsätze des Kommunismus (1847) = MEW Bd. 4, S. 372.

9 Vgl. MEWBd. 7, S. 247f.

10 MEWBd. 36, S. 55.

11 Über die unterschiedlichen Berufungen auf die klassischen Theoretiker innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung vgl. Helga Grebing: Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum „Prager Frühling“. München 1977.

12 Gesetz zur Beschränkung des Arbeitstages auf 10 Stunden aus dem Jahre 1847, das zunächst für Jugendliche und Frauen galt, später auch auf die männlichen Arbeiter ausgedehnt wurde; der Kampf um dieses Gesetz hatte bereits Ende des 18. Jahrhunderts begonnen.

nomie der Bourgeoisie der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse¹³." Wenige Jahre später hat Marx der Konstatierung des Sieges eines Prinzips die aus diesem Sieg sich ergebende Entwicklungsperspektive hinzugefügt: „Und die soziale Revolution - was bedeutet sie anderes als Klassenkampf? Es ist möglich, daß der Kampf zwischen den Arbeitern und Kapitalisten weniger grausam und blutig sein wird als einst der Kampf zwischen den Feudalherren und den Kapitalisten in England und Frankreich. Wir wollen es hoffen¹⁴."

Die Alternative zur Gewalt: der friedliche Weg

Es stellt sich allerdings die Frage, ob Marx nicht mit seiner Interpretation der Pariser Commune 1871¹⁵ diese Auffassung wieder zurückgenommen hat. Unter dem Eindruck des Scheiterns der Pariser Commune, als sich bereits die ganze europäische Arbeiterbewegung mit der Commune als *der* proletarischen Revolution identifiziert und diese entsprechend heroisiert hatte, ist Marx zu einer Deutung gelangt, die seine inzwischen entwickelten Vorstellungen über den Übergang zum Sozialismus grundsätzlich berührten und inhaltlich eine Rückkehr zu seinen Auffassungen zu Beginn der 50er Jahre bedeuteten: die bürokratisch-militärische Regierungsmaschinerie der herrschenden Klassen kann vom Proletariat im Zuge der Eroberung der politischen Macht nicht einfach übernommen und benutzt werden, sie muß zerschlagen, zerbrochen, zertrümmert und durch eine eigene Regierungsmaschine ersetzt werden. Doch hat Marx selbst seine Interpretation der Pariser Commune von nun an nicht als einzigen „Modus operandi“ einer „wirklichen proletarischen Revolution“ gelten lassen wollen¹⁶. Schon 1872, ein Jahr nach seiner Schrift über die Pariser Commune, sagt er in einer Rede: „Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England, und wenn mir eure Institutionen besser bekannt wären, würde ich vielleicht noch Holland hinzufügen, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können. Wenn das wahr ist, müssen wir auch anerkennen, daß in den meisten Ländern des Kontinents der Hebel unserer Revolutionen die Gewalt sein muß; die Gewalt ist es, an die man eines Tages appellieren muß, um die Herrschaft der Arbeit zu errichten¹⁷."

13 MEW Bd. 16, Zitat S. 11. - Im Text ist im folgenden die Rede von einem „noch größeren Sieg“ der politischen Ökonomie der Arbeit: „Wir sprechen von der Genossenschaftsbewegung . . .“.

14 Vgl. seine Rede auf dem Polenmeeting in London am 22. 1. 1867 = MEW Bd. 16, Zitat S. 204.

15 Vgl. „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, in: MEW Bd. 17.

16 Vgl. Marx' Schreiben an den Anarchisten Domela Nieuwenhuis v. 22. 2. 1881 in: MEW Bd. 35, Zitat S. 160f.

17 Rede über den Haager Kongreß, veröffentlicht im September 1872, u. a. auch in: „Der Volksstaat“, Organ der Eisenacher. Der im „Volksstaat“ veröffentlichte Text enthält aus Gründen der Zensur den letzten Satz nicht; es heißt statt dessen: „Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall“. Vgl. MEW Bd. 18, Zitat S. 160. - Engels fügte seit den Reichstagswahlen von 1874 auch Deutschland dem Katalog der Länder hinzu, in denen ein friedlicher Weg möglich schien: „Es gilt also nicht zu ermatten im Kampf, es gilt dem Feinde eine Stadt, einen Wahlkreis nach dem anderen zu entreißen“ (Vorbemerkung zu „Der Deutsche Bauernkrieg“, Ausgabe 1870 u. 1875, dat. 1. 7.1874 = MEWBd. 7, Zitat S. 542).

Die Ansicht vom möglichen friedlichen Weg zum Sozialismus stammt also von Marx selber wie auch die von der u. U. unvermeidbaren Gewalt als Hebel „unserer Revolutionen“: je nach dem Fortschritt bzw. nach der Zurückgebliebenheit der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft. Ähnlich doppelseitig wird man wohl auch Engels berühmte Einleitung in Marx' „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ aus dem Jahre 1895 verstehen können. Der Fortschritt der proletarischen Revolution zeigte sich nun für Engels in dem „zähen Kampf von Position zu Position“; die Führung in diesem Kampf war auf die deutsche Sozialdemokratie übergegangen; sie verfügte über eine feste Parteiorganisation und eine eiserne Parteidisziplin, sie benutzte erfolgreich eine der schärfsten Waffen, über die die Arbeiterbewegung nun verfügte: das allgemeine Stimmrecht. Die Benutzung dieser Waffe mußte nach Engels ergänzt werden durch die Verweigerung der offenen militärischen Auseinandersetzung mit dem Gegner, bei der die Arbeiterklasse von vornherein in der unterlegenen Position sich befinden würde. Diese Doppelstrategie sollte aber nicht absolut gelten: die herrschenden Gewaltverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft können - so Engels - die Anwendung von - auch blutiger - Gegengewalt (nicht auslösender Gewalt!) erzwingen: bei „Bruch der Verfassung, Diktatur, Rückkehr zum Absolutismus“¹⁸.

Revolutionär sein, aber nicht Revolutionen machen

Engels ist in der deutschen Sozialdemokratie zeitgleich (gegen seinen Protest) so verstanden worden, als ob er sich prinzipiell für die Gewaltlosigkeit entschieden habe; diese Interpretation hing mit dem Selbstverständnis der deutschen Arbeiterbewegung zusammen. Auch für sie war die Pariser Commune zunächst der Modellfall eines zwar begrüßten, aber nicht unkritisch beurteilten Revolutionsversuchs mit Gewaltanwendung gewesen; ihr Ende wurde aber dann als Exempel für das Scheitern eines solchen Weges zum Sozialismus genommen. Vor allem Wilhelm Liebknecht betonte immer wieder in den Jahren bis zum Sozialistengesetz 1878 sinngemäß, daß der Weg zum Sozialismus gar nicht über eine gewaltsame Zertrümmerung von Staat und Gesellschaft mit einem Schlag verlaufen *könne*, da der naturnotwendige Entwicklungsprozeß dazu führen werde, daß das kapitalistische System „fällt“. Eine dennoch gewaltsame Revolution wäre eine vom Gegner aufgezwungene¹⁹.

18 Vgl. Engels' Einleitung zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, Ausgabe 1895 = MEW Bd. 22, S. 509-527. - Zu dem ganzen Komplex vgl. auch Günter Freudenberg: Zur Theorie der Gewalt und des Gewaltwerdens der Theorie als Bedingungen positiven Friedens im Werk von Karl Marx und Friedrich Engels, in: W. Huber, J. Schwerdtfeger (Hrsg.): Frieden, Gewalt, Sozialismus. Stuttgart 1976.

19 Vgl. hierzu Wilhelm Liebknechts Aussage im Leipziger Hochverratsprozeß März 1872, zit. bei Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Frankfurt a. M. 1964, 2. Aufl. 1974, S. 111; Liebknecht im „Vorwärts“ v. 2. 1. 1878, zit. bei Cora Stephan: „Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!“, Frankfurt a. M. 1977, S. 235f. Ähnlich auch August Bebel: Die Frau und der Sozialismus (1879), zit. nach der 9. Aufl. Stuttgart 1891, S. 373.

Erst recht unter dem Sozialistengesetz hat dann die Sozialdemokratie jede Putschtaktik, jede Anwendung der Mittel der physischen Gewalt abgelehnt; folgerichtig wurden 1880 zwei führende Sozialdemokraten, die in dieser Frage anderer Auffassung waren und zunächst auch einen gewissen Anhang unter den deutschen Arbeitern gefunden hatten, Johann Most und Wilhelm Hasselmann, aus der Partei ausgeschlossen. Als auf dem Parteitag 1887, der wegen des Sozialistengesetzes in St. Gallen in der Schweiz abgehalten werden mußte, die große Abrechnung mit den Anarchisten erfolgte, hat wiederum Liebknecht die grundsätzliche, für die nächsten drei Jahrzehnte geltende Überzeugung der Anhänger der Sozialdemokratie ausgesprochen: „Die Gewalt macht keine Revolution, und ist überhaupt nicht revolutionär. Im Gegenteil: Die Feinde der Revolution haben sich stets auf die Gewalt gestützt. ‚Gewalt geht vor Recht!‘ ist kein revolutionärer Satz, und ‚Blut und Eisen‘ ist kein revolutionäres System.(. . .) Die neuen Ideen haben stets die Gewalt gegen sich. Wäre die Gewalt allmächtig, so hätte es nie eine Revolution gegeben. Unsere heutigen reaktionären Gewalthaber, welche gleich den Anarchisten an die Allmacht der Gewalt glauben, sind glücklicherweise im Irrtum befangen. Jede Gewaltherrschaft bricht zusammen, sobald die ökonomischen Machtbedingungen zerschmelzen. (. . .) Verzweiflungstaten einzelner sind keine revolutionäre Taktik. Wer ohne Macht an die Gewalt appelliert, nützt nur den Gewalthabern.(. . .) Inzwischen werden wir die Hände nicht in den Schoß legen. Aber nicht durch Putsche und Attentate können wir den Sieg unserer Sache beschleunigen, sondern nur durch Mittel, die unsere Macht vermehren. Im Volke liegt die Macht. Die Volksmassen müssen wir moralisch erobern. (...) Es gilt Klarheit zu bringen in die Köpfe. Der Rest wird sich schon finden. Also Propaganda. Erweckung der Volksseele. Darlegung der Verwerflichkeit des heutigen Systems. Und wir selbst müssen lernen, wenn wir erfolgreich lehren wollen. Drum ist unsere Losung: agitieren, organisieren, studieren²⁰.“

Mehr denn je sich auf Marx und Engels berufend hat die Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 ihr Selbstverständnis auf die Formel gebracht, sie sei „eine revolutionäre, nicht aber eine Revolutionen machende Partei²¹“, keine Partei „im revolutionären Polizeisinne, in dem Sinne der willkürlich gemachten Revolution, des gewaltsamen Umsturzes²²“. In dieser Frage hat auch Rosa Luxemburg keine abweichende Auffassung vertreten; auf dem Parteitag 1898 in Stuttgart erklärte sie: „Ich sage, das einzige Gewaltmittel, das uns zum Siege führen wird, ist die sozialistische Aufklärung der Arbeiterklasse im alltäglichen Kampfe²³.“ Erst wenn man dieses von allen geteilte sozialdemokratische Selbstverständnis kennt, wird man

20 Protokoll S. 38-42.

21 So Karl Kautsky: Ein sozialdemokratischer Katechismus, in: Neue Zeit 1893/94, 12. Jg., Bd. 1, Nr.12 v. 13. 12. 1893, Zitat S. 368.

22 So Wilhelm Liebknecht in seiner Rede vor dem Reichstag am 7. 2.1893, vgl. Stenographische Berichte des Reichstags, VIII. Leg. Per., II. Sess., S. 897.

23 Protokolls. 117.

verstehen, daß sich auch Eduard Bernstein mit seiner Auffassung von der gewaltfreien Lösung der sozialen Konflikte so gar nicht als Außenseiter in der Partei empfinden mochte. Denn auch für ihn, für den die Demokratie das Mittel der Erämpfung des Sozialismus wie auch die Form seiner Verwirklichung war, blieb ebenfalls dies unfraglich: daß die Verblendung der herrschenden Gewalten in Deutschland es u. U. für die „arbeitenden Klassen“ „notwendig“ machen könnte, „im Kampfe für ihr Recht zu den äußersten Mitteln zu greifen“²⁴.

Es wäre gewiß zu einfach, dieses Selbstverständnis als Ausdruck der faktischen Ohnmacht der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz und später als die vorweggenommene Antwort auf befürchtete erneute Illegalisierung zu begreifen. Es war für die deutsche Sozialdemokratie von ihren Anfängen an eine niemals in Frage gestellte Grundauffassung, daß die sozialistische Umwälzung nicht gegen den Willen der Mehrheit des Volkes und nur „auf friedlichem Wege“, wenn und solange es von ihr abhing, erfolgen sollte. Es war - in genauer Kenntnis des blutigen Verlaufs der bürgerlichen Revolutionen - ein lebendiges Bewußtsein davon vorhanden, daß ein untrennbarer Zusammenhang bestand zwischen dem Ziel und den Mitteln, dieses Ziel zu erreichen. Ziel und Mittel mußten unabdingbar miteinander vereinbar bleiben; anders würden die Mittel das Ziel zerstören, ja schließlich an die Stelle des Zieles treten, das nur noch der bloßen Rechtfertigung der Anwendung der zielwidrigen Mittel dient²⁵. Es ist deshalb nicht Ausdruck ohnmächtiger Resignation gewesen, sondern selbstbewußte Wiederholung der alten Grundüberzeugung, wenn Bebel 1911²⁶ erklärte: „Für die Sozialdemokratie ist die Richtschnur gegeben, sie wird sich nicht, komme, was wolle, von ihrem bisherigen Boden abdrängen oder verleiten lassen, ihr bedenklich erscheinende Wege zu betreten; sie hat keinen Grund, ihren Feinden gegenüber sich zu Unbesonnenheiten und gewünschten Gewaltstreichern verleiten zu lassen.“

Humanisierung durch Aufklärung und Organisation

Es war bisher nur die Rede von der Sozialdemokratie, genauer: von ihren repräsentativen Führern; es blieb unbefragt, ob und inwieweit deren Aussagen Resonanz unter den deutschen Arbeitern gefunden haben bzw. deren Empfindungen ausdrückten. Es ist zuzugeben, daß die Historiker der Arbeiterbewegung bisher sehr wenig Genaues über die Arbeiter selbst wissen und bei dem wenigen Wissen sehr angewiesen sind auf wenn auch indizienreich begründete Vermutungen, die Zeitgenossen ausgesprochen haben. Karl Kautsky hat darauf hingewiesen, daß es gerade die

24 Vgl. Eduard Bernstein: Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus. Berlin 1901, S. 245.

25 Vgl. dazu Karl Kautsky: Terrorismus und Kommunismus. Berlin 1919, vor allem S. 1391 -Zur Auseinandersetzung Kautskys mit Lenin s. Jakob Schißler: Die Diskussion über Gewalt in der russischen Revolution, in: Huber, Schwerdtfeger (s. Anm. 18).

26 Bebeis Vorwort zu Marx' „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“. Berlin 1911, S. 7; zit. auch bei Helmut Hirsch (Hrsg.): August Bebel. Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften. Köln 1968, S. 407.

Lebensbedingungen des Proletariats des 19. Jahrhunderts gewesen sind, die es dazu drängten, „das Menschenleben für heilig zu halten“, da es eine Klasse gewesen ist, „die unter der Mißachtung der Menschenleben am meisten leidet“. Auch ein Krieg bringe ihm immer nur Lasten und Gefahren: „Das alles treibt das Proletariat zum Abscheu vor allem Blutvergießen, jeder Grausamkeit²⁷.“ Kautsky vertritt auch die Auffassung, daß es gerade der Marxismus der sozialistischen Bewegung gewesen sei, der die ursprüngliche brutale Wildheit proletarischer Proteste durch Aufklärung über die ökonomischen Entwicklungsbedingungen und die Kräfteverhältnisse der Klassen sowie durch Organisation humanisiert und „dadurch phantastischen Abenteuern vorgebeugt“ und „zugleich den Bürgerkrieg als Methode des Klassenkampfes ausgeschaltet“ habe²⁸.

Es spricht vieles dafür, daß diese Sicht eine Stimmigkeit besitzt^{28a}. Und man kann sich vorstellen, welchen Schock innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung während des Krieges 1914—1918 die Durchbrechung bzw. Umkehrung dieses Humanisierungsprozesses der Arbeiterklasse auslöste. Das Attentat von Sarajewo auf den österreichischen Thronfolger Ende Juni 1914 mochte noch nach den alten Interpretationsmustern erklärbar sein; das Attentat des allseits beliebten und mit großen Hoffnungen belegten österreichischen Sozialisten Friedrich Adler im Oktober 1916 auf den k.u.k. Ministerpräsidenten, den Grafen Stürgkh, war es nicht mehr²⁹. Adler begründete seine Tat mit dem Protest gegen die Tendenzen in seiner Partei, sich den gegebenen Tatsachen anzupassen und dem Krieg positive Seiten abzugewinnen. Kautsky zeigte ein gewisses Verständnis für dieses Motiv, kommentierte aber die Tat gleichwohl äußerst kritisch: Wer das Vertrauen in das Proletariat verliere, werde dahin gedrängt, „sich vom demokratischen Sozialismus abzuwenden“, sein „marxistisches Denken im Sinne des Denkens der russischen Sozialrevolutionäre zu modifizieren“³⁰.

Lenins Bruch mit der Tradition

War für Kautsky das Attentat grundsätzlich und deshalb auch im Falle Adlers keine marxistische Lösung, so reduzierte sich für Lenin bezogen auf den gleichen Vorgang das Problem auf eine für ihn keineswegs unmarxistische Zweckmäßigkeitserwägung: „... wir sind gar *nicht gegen* politischen Mord“; aber das individuelle Attentat sei als revolutionäre Taktik unzweckmäßig und schädlich; nur in direk-

27 Kautsky: Terrorismus (Anm. 25), S. 91.

28 Ebenda S. 98 ff.

28a Vgl. dazu die Studie von Klaus Tenfelde: Gewalt und Konfliktregelung in den Arbeitskämpfen der Ruhrbergleute bis 1918, in: Friedrich Engel-Janosi u. a. (Hrsg.): Gewalt und Gewaltlosigkeit im 20. Jahrhundert. Wien 1977.

29 Friedrich Adler, im Jahre des Attentats 37 Jahre alt, war der Sohn des österreichischen Parteigründers und -führers Victor Adler. F. Adler galt neben Otto Bauer, der sich damals allerdings in russischer Kriegsgefangenschaft in Sibirien befand, als der designierte Nachfolger seines Vaters.

30 Karl Kautsky: Friedrich Adler, in: Neue Zeit 1916, 35. Jg., Bd. 1, Nr. 5v. 3. 11.1916, S. 106, 108.-Zur Biographie F. Adlers vgl. Julius Braunthal: Victor und Friedrich Adler, Wien 1965.

tem Zusammenhang mit der Massenbewegung könne und müsse terroristisches Handeln von Nutzen sein³¹. Die Differenz zu seiner Äußerung in „Was tun?“ von 1902 ist erheblich; damals hatte er noch, wie Kautsky es 1916 tat, Terrorakte der „Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen“ zugerechnet, die keine Verbindung zur Arbeiterbewegung haben oder keinen Glauben an sie; wem dies fehle, dem falle es tatsächlich schwer, „für sein Gefühl der Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror“³².

In „Staat und Revolution“ vom August/November 1917, seiner Programmschrift über die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, hat Lenin dann die Gewaltfrage eindeutig gegen die Tradition zumindest der deutschen Arbeiterbewegung beantwortet: Die Befreiung der geknechteten Klasse des Proletariats kann nur durch eine gewaltsame Revolution erfolgen, in der das Proletariat die Macht übernehmen und sich zur herrschenden Klasse erheben wird, die den alten Staatsapparat zertümmern und den Widerstand der enteigneten Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats unterdrücken wird³³. Dies alles wird unter zwar breitem, aber doch einseitigem Zitieren von Marx und Engels dargelegt. Kolakowski hat z. B. darauf hingewiesen, daß der Begriff der „Diktatur des Proletariats“ von Marx überhaupt nur in seinem ganzen Werk zweimal benutzt worden ist und von ihm keineswegs, wie Lenin es wollte, „im Sinne der Liquidierung der demokratischen Institutionen“. Kolakowski kommt deshalb zu der Auffassung, daß der historisch verwirklichte Leninismus-Stalinismus nicht als „Verkörperung der Marxschen *Intentionen* angesehen werden“ kann. Erleibt aber dabei, daß er eine *Version* der praktischen Anwendung von Marx' Theorie ist³⁴. Diese Argumentation ist nicht überzeugend; es wäre eindeutiger davon zu sprechen, daß Lenin damit begonnen hat, die Ideen von Marx und den Marxismus auf den Kopf zu stellen, und Stalin dies vollendete.

Rosa Luxemburgs Antwort

Nicht bloß Kautsky hat den Bruch zwischen den Traditionen des Marxismus und Lenins Anweisungen für die revolutionäre proletarische Praxis mit Empörung registriert; nicht nur er hat die Trennungslinie zwischen Theorie und Praxis des Sozialismus und den Konsequenzen von Lenins Auffassungen, die ihn „wider den Geist des Proletariats und des Sozialismus zu blutigem Massenterror“ zwangen, erkannt, sondern gerade auch Rosa Luxemburg in ihrer Schrift über „Die russische Revolution“. Hier findet sich der schöne, vielzitierte Satz von der Freiheit, die „immer nur Freiheit des anders Denkenden“ ist; hier wird die Auffassung vertreten, daß „der einzige Weg zur Wiedergeburt“ „uneingeschränkste breiteste Demokratie“ sei, daß „der

31 Vgl. Lenin Werke (LW) Bd. 35, S. 217, 218 (Brief v. 25. 10. 1916).

32 LW Bd. 5, S. 432 (Abschnitt 3, d) Was hat der Ökonomismus mit dem Terrorismus gemeinsam?).

33 Vgl. vor allem LW Bd. 25, S. 413, 415, 417 (Ende des I. u. Anfang des II. Kapitels).

34 Vgl. Kolakowski: Hauptströmungen (Anm. 3), S. 479.

Terror ein stumpfes, ja zweischneidiges Schwert" sei, daß die Diktatur des Proletariats in der Art der Verwendung der Demokratie bestehe, nicht in ihrer Abschaffung: „Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen“³⁵.

Rosa Luxemburgs Schrift ist erst Jahre nach ihrer Ermordung veröffentlicht worden, konnte also zeitgleich keine Wirkung haben. Aber eine genaue Kenntnisnahme ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende Dezember 1918 ergibt die gleiche Tendenz in den Aussagen. Hier stellte Rosa Luxemburg u. a. fest: „Der Sozialismus wird nicht gemacht und kann nicht gemacht werden durch Dekrete . . . Der Sozialismus muß durch die Massen, durch jeden Proletarier gemacht werden.“ Hier antwortete sie auf die Frage: „Und wie ist die äußere Form des Kampfes um den Sozialismus?": „Es ist der Streik“, der immer mehr zum Mittelpunkt, zur Hauptsache der Revolution werden müsse³⁶. In dem von ihr verfaßten Programm des Spartakusbundes heißt es: „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln . . .“ In dem gleichen Programm wird versprochen, daß der Spartakusbund bzw. die KPD „nie anders die Regierungsgewalt übernehmen“ wird, „als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland . . .“. Allerdings wird auch angesichts der „drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen“ gefordert³⁷.

Gewalt und Gegengewalt in der Novemberrevolution

Überblickt man die vergleichsweise gewaltsamen Auseinandersetzungen in den ersten Jahren der Republik - die Kämpfe in Berlin im Dezember 1918 und im Januar und März 1919, die großen Streiks der Ruhrbergarbeiter im Februar und April 1919, die Kämpfe um die Räterepublik in Bremen im Februar 1919 und in München im Mai 1919, der Ruhrkrieg im Zusammenhang und im Anschluß an den Kapp-Putsch im März/April 1920 -, so wird man nicht sagen können, daß sich Rosa Luxemburgs Perspektive einer humanisierten proletarischen Revolution durchgesetzt hat bzw. angenommen worden ist. Vielmehr hat sich vielfach durchgesetzt die di-

35 „Die russische Revolution“ wurde geschrieben im Herbst 1918 im Gefängnis in Breslau, zuerst veröffentlicht 1922 von Paul Levi, s. jetzt Rosa Luxemburg: Politische Schriften, hrsg. u. eingel. v. Ossip K. Flechtheim, Bd. 3, Frankfurt a. M. 1968, Zitate S. 134, 136, 137, 139.

36 S. Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, hrsg. u. eingel. v. Hermann Weber. Frankfurt a. M. 1969, S. 172-200, Zitate S. 189, 190.

37 S. Gründungsparteitag S. 296, 301, 297.

rekte Gewalt der Massen, die allerdings nur in den wenigsten Fällen von „Rädelsführern“ radikalisiert, sondern überwiegend (und das nachweisbar³⁸) von der Brutalität der legalisierten oder halb legitimierten, z. T. offen konterrevolutionären militärischen Verbände provoziert worden sind. Auf seiten der Gegenrevolution wurde damals hemmungslos zum Mittel des individuellen Terrors gegen Führer der Arbeiterbewegung gegriffen: im Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet, im Februar 1919 Kurt Eisner, im März 1919 Leo Jogiches, der langjährige Lebensgefährte Rosa Luxemburgs, im Mai 1919 Gustav Landauer, im November 1919 starb an den Folgen eines Attentates Hugo Haase.

Die Verrohung durch den Krieg, der Hunger und die Arbeitslosigkeit der demobilisierten Arbeiter, die blinde Wut über den Terror der Gegenrevolution, über die Ermordung geachteter Führer und die Enttäuschung über den Gang der Revolution hatte innerhalb der organisierten deutschen Arbeiterschaft ein bis dahin unbekanntes und deshalb unerwartetes Klima der Gewalt erzeugt, auf das die sozialdemokratische Führung in der neuen staatlichen Exekutive - alles Männer der Ordnung, der Disziplin, des gesunden Menschenverstandes, der begrenzten Ziele - keine andere Antwort wußten als z. T. von ihnen nicht mehr kontrollierte Gegengewalt. Aber dieses Klima der Gewalt war auch denen unheimlich, die damals an die revolutionäre Aktivität der Massen appellierten, wie z. B. Georg Ledebour, der immer wieder seinen Appell zu revolutionärem Handeln mit der Aufforderung zur Besonnenheit verband, also zur Erhaltung der traditionellen Hemmschwellen gegenüber der Anwendung direkter physischer Gewalt anhielt³⁹.

Paul Levi, der Rosa Luxemburg in der Führung der KPD folgte und später in der Sozialdemokratie als moralischer Führer der Links-Opposition wirkte, hat sowohl 1921 nach der Ermordung Erzbergers als auch 1922 nach der Ermordung Rathenaus zum Problem des individuellen Terrors wie der Gewaltanwendungen in der Frühzeit der Republik exemplarisch Stellung genommen: den politischen Mord habe der Sozialismus „nie und nimmer“ als politisches Mittel akzeptiert und angewendet; aus den Ausschreitungen von links, die blutig gesühnt worden seien (im Gegensatz zu denen von rechts), habe man „keine Philosophie, keine neue Religion gemacht“: „Wir haben sie genommen als das, was sie sind, als Unbesonnenheiten, Überwältigungen über sich selbst einer aufgeregten Volksmasse⁴⁰.“

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Konfrontiert sowohl mit den politischen Morden und der ansteigenden massenhaften Gewaltanwendung durch den deutschen Rechtsradikalismus als auch mit dem

38 Vgl. hierzu die Arbeiten von Erhard Lucas: Märzrevolution im Ruhrgebiet. Bd. 1 Frankfurt a. M. 1970, Bd. 2 Frankfurt a. M. 1976 sowie George Eliasberg: Der Ruhrkrieg von 1920. Bonn 1974.

39 Vgl. Ursula Ratz: Georg Ledebour 1850-1947. Berlin 1969.

40 Paul Levi: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, hrsg. u. eingel. v. Charlotte Beradt. Frankfurt a. M. 1969, S. 234.

sowjetischen „Regierungsterrorismus“, dem rigoros gehandhabten Gewaltmonopol des „Staates der Werktätigen“, haben die deutschen und die österreichischen Sozialdemokraten und mit ihnen der überwiegende Teil der jeweiligen Gewerkschaftsverbände ihre eigene Position in Anlehnung an die Vorkriegstradition, aber bezogen auf die neuen Bedingungen der demokratischen Republik neu bestimmt: Die demokratische Republik ist *der* Kampfboden für die Befreiung der Arbeiterklasse „und für die Verwirklichung des Sozialismus“ (Heidelberger Programm der SPD, 1925); die Staatsmacht kann nur „durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechts“ erobert werden (Linzer Programm der SPÖ, 1926). Die Anwendung von Gewalt, die nach den gemachten historischen Erfahrungen nicht mehr von Diktatur und Terrorismus zu trennen war, sollte nur als reines Defensivmittel im Falle der Zerstörung der Demokratie angewendet werden⁴¹; keinesfalls kam sie in Frage als Mittel zur Verwirklichung des demokratischen Sozialismus (eine Kennzeichnung, die sich nach 1917 zur Unterscheidung vom diktatorischen „Sozialismus“ Lenins und Stalins immer stärker durchsetzte).

Dies blieb die Linie auch der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Rückblickend kann man eher von einer Überstrapazierung des Legalitätsprinzips sprechen, die dann neben anderen Faktoren zu einer „Handlungslähmung“ (H. Mommsen) führte, zum Verpassen des Augenblicks, in dem sich die Notwendigkeit herausstellte, wie theoretisch vorgegeben die Mittel der Gewalt anzuwenden, weil der Gegner die Demokratie sprengte. Im nachhinein in Kenntnis des Charakters des Faschismus erscheint die Anwendung von organisierter Gegengewalt gegen den Nationalsozialismus (was zeitgleich innerhalb der Arbeiterbewegung auch erwogen wurde) zwingend als das einzig erfolgversprechende Mittel: Ein Bürgerkrieg hätte in jedem Falle weniger Blutvergießen erfordert als die Wirklichkeit des „Dritten Reiches“ einschließlich des Zweiten Weltkrieges. Aber abgesehen von den konkreten Bedingungen einer Anwendung von Gewalt mit Aussicht auf Erfolg wäre wohl auch zu überlegen, daß es problematisch ist, das Abgehen von Prinzipien - in diesem Fall: die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Gewalt - zu fordern, das die inhaltliche Substanz der sozialistischen Überzeugungen erheblich hätte zerstören können.

Demokratischer Sozialismus und Gewalt

Es gibt historische Lagen, in denen humane Prinzipien und auf ihnen beruhende Bewegungen nicht erfolgreich sein können; deshalb sind diese Prinzipien nicht falsch. Im Gegenteil, nach dem Faschismus, nach Auschwitz haben demokratische Sozialisten, auch und gerade wenn sie sich in ihren Begründungen auf marxistische Traditionen, ja auf Marx und Engels bezogen, sich in ihrer alten Grundüberzeugung bestätigt gefunden: Hier in Europa kann das sozialistische Ziel nur durch humane,

41 So Otto Bauer auf dem Linzer Parteitag der SPÖ 1926, vgl. Protokoll S. 272; Rudolf Hilferding auf dem Kieler Parteitag der SPD 1927, vgl. Protokoll S. 173. Das Linzer Programm der SPÖ hatte eine entsprechende Formulierung.

gewaltlose Mittel angestrebt werden; Gewalt - wie auch immer definiert - ist kein Mittel der Politik demokratischer Sozialisten. Diese grundsätzliche Einstellung wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß versucht worden ist und immer wieder versucht wird, Sozialisten Mittel aufzuzwingen, die mit ihren Zielvorstellungen nicht vereinbar sind.

Weder begründen die geistigen Traditionen des pluralistischen Marxismus - im Gegensatz zum Leninismus-Stalinismus - ein Verhältnis von Sozialismus und Gewalt, noch hat der demokratische Sozialismus mit der Vielfalt der Berufungsmöglichkeiten für seine Theorie und Praxis irgend etwas mit individuellem Terror und der Anwendung von Gewalt als Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus zu tun. Demokratische Sozialisten können also die ihnen angehängten angeblichen Verwandtschaftsbeziehungen selbstbewußt zurückweisen als Versuche ihrer Gegner, von der eigenen Misere abzulenken oder die eigenen Schuldkomplexe auf andere zu projizieren. Denn individueller Terror und direkte und indirekte Anwendung von Gewalt als Mittel der Durchsetzung politischer Ziele besitzen im Bürgertum eine lange Tradition; Terror und Gewalt sind heute wie so oft in der Geschichte Ausdruck einer Form der Selbstzerstörung der bürgerlichen Gesellschaft und ihres humanen Anspruches. Demokratische Sozialisten können sich aber ebenso klar und eindeutig distanzieren von jener „Neuen Linken“, von jenen ihrer Mentalität und Denkstruktur nach kleinbürgerlichen Intellektuellen, die sich in den vergangenen Jahren auf Marx und den Marxismus nur wortradikal berufen haben und nun, da sie alle ihre Hoffnungen selbst zerstört und das Argumentationspotential rückwärtsgerichteter Kräfte gestärkt haben, am liebsten wieder von vorne anfangen möchten oder längst resigniert haben.

Die heutigen Nachfolger der alten Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik haben diese Bankrotterklärung nicht nötig, wenn sie auch künftig, an den Fragen von heute orientiert, im Horizont ihrer alten humanen Traditionen und in Erinnerung leidvoller Erfahrungen handeln.